ZECK

Das Flora Info

Nummer 4, Juni 1992

WWG

WWG,WELTBANK & GATT

PROZESSBERICHTE

REPRESSION GEGEN EXPO-GEGNERINNEN IN SEVILLA

Das Flora Info Nummer 4, Juni 1992

DIE FLORA-MAUA IST FERTIG!

INHALTSVERZEICHNIS

.Makeln verboten (Zur Hausbesetzung in Göttingen) 3

Repression gegen Expo-GegnerInnen in Sevilla 4

WWG, Weltbank und GATT 5

Prozeßberichte
-Gestern und heute - Kriminalisierung der Antifa (zu den beiden alten Antifaschisten) 9
-Prozeß gegen Lohbrügger Nazi-Skins 10
-Prozeß gegen Knud und Ralf 12

Radio Loretta 14

Berichtigung des Artikels über die türkische Nationalistendemo am 04.04. in HH (Info Nr.3/Mai) 15

DEN (A) NICHT-KOMMERZIELLEN KALENDA GIBT ES IM JUNI NICHT- ABER IM JULI

Impressum: ViSdP: F. Lora
Linkspfad 129a
2000 Hamburg 92

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschriftbleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Das Flora Info Nummer 4, Juni 1992

Makeln verboten !

In Göttingen ist seit nunmehr 3 Wochen ein Haus besetzt.Die Spekulationseigentümerin Immobilien Karin Reitz & Partner,Friedländer Weg,34OO Göttingen,will die 1924 erbaute Villa mit Garten abreißen und dort 16 Eigentumswohnungen mit Tiefgarage errichten.
Die Spekulationsfirma hat Strafantrag gestellt.Die Bullen räumen aber nicht wie üblich,sondern machen ihren eigenen Zeitplan.
So kommt der Göttinger Bullenchef Milde ab und an am Haus vorbei und erklärte,daß die Bullen erst nach einem (noch nicht gestelltem) Ultimatum räumen, und das sie dieses erst stellen, wenn "klar" ist, was mit dem Haus letztendlich passieren soll.Das heißt,daß Milde die Zusicherung gemacht hat,daß die Bullen nicht morgens unangemeldet vor der Tür stehen.Aber das ist halt ein Bullenwort.
Die AnwohnerInnen haben gegen den Bebauungsplan (16 Eigentumswohnungen / Tiefgarage) Einwendungen (Anträge auf einstweilige Verfügung) eingereicht,da sie durch den Neubau in ihrer Lebensqualität eingeschränkt werden könnten.So könnte sich das Spekulationsobjekt als Lichtbarriere für die NachbarInnenschaft entpuppen.
Die Anträge sind jetzt in die nächst höhere "Entscheidungsinstanz der Verwaltung" gegangen und der Apparat benötigt noch mindestens 14 Tage bis er über sie entschieden hat.
Auf einer Unterschriftenliste der AnwohnerInneninitiative solidarisierten sich bis jetzt 600 Menschen aus der Gegend mit den BesetzterInnen.
Das Spekulantenehepaar Reitz lehnt jeden Kontakt mit den Leuten im Haus kategorisch ab (Zitat des Spekulanten Reitz am Telefon :"Es gibt nicht zu teure Wohnungen,sondern nur zu viele Menschen mit zu wenig Geld!").
Das Haus liegt in der Göttinger Südstadt,welche ein bevorzugtes Wohngebiet für die gehobene Mittelschicht geworden ist.
Alt- und Jugendstilbauten prägen das Straßenbild und der Neubau muß sich zumindest in die Fassadenfront einpassen.
Der Garten um die Villa ist der einzig größere in den umliegenden Straßenzügen und soll den Eigentumswohnungen und der Tiefgarage zum Opfer fallen.Zudem würden durch den Neubau weitere Gutbetuchte und feiste Reiche in die Südstadt ziehen und somit die Yuppieisierung weiter-,der Mietenspiegel in die Höhe ge und damit Einkommensschwächere Schichten von dort vertrieben werden.
In und um das Haus Stegemühlenweg 22 passiert viel.
Es gab eine Demo gegen Leerstand und für das Haus und am 29.5. soll eine Fahrraddemo unter dem Motto:"Besichtigung des Göttinger Leerstandes und Besuch von SpekulantInnen" ab 16.3o Uhr ab der Gänseliesel stattfinden.
Jeden Tag gibt es ein Plenum im Haus oder Garten,das Cafe Reitzbar ist eingerichtet worden,tägliche Volxküche und mittlerweile wird das Haus von vielen Gruppen als Treffpunkt genutzt.
Die Forderungen der BesetzterInnen :
- Rücknahme der Bebauungs- und Abrißgenehmigungen
- Strom und Wasseranschluß
- Nutzungsverträge für die BesetzerInnen
- Enteignet die SpekulantInnen

Stand 23.5.92



Repression gegen EXPO - GegnerInnen in Sevilla

Im folgenden veröffentlichen wir eine Erklärung der Öffentlichkeitsgruppe der TeilnehmerInnen des Gegenkongresses in Sevilla zu den Ereignissen in Sevilla:

Zu einem internationalen Kongreß ("Encuentro Internacional de la Solidaridad") reisten Solidaritäts-, Internationalismus- und StudendtInnengruppen aus verschiedenen europäischen Ländern nach Sevilla, um an dem einwöchigen Symposium über die Folgen der 500-jährigen Kolonisation, die EXPO'92 und die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes am Beispiel Andalusiens teilzunehmen.
In Sevilla angekommen, mußten die Anreisenden feststellen, daß die Behörden vor Ort selbstverständliche Formen der öffentlichen Meinungsäußerung alle in den Saal verbannt hatten. Eine symbolische Gegenlandung auf dem Guadalquivir-Fluß und eine Demonstration hatte die andalusische Regierung schon im Vorfeld verboten.

Spontane Demonstration am Vorabend der EXPO-Eröffnung

Am Sonntag,19.April 92, dem Vorabend der EXPO-Eröffnung, fand eine Spontandemo mit ca. 400 SpanierInnen und AusländerInnen statt. Die friedlich verlaufende Kundgebung eskalierte in dem Moment, als eine Polizeistreife von hinten in die Demonstration raste und ein dabei verletzter Demonstant mit Knüppeln zusammengeschlagen wurde. Gegen die weiterhin anfahrenden Polizeiautos wurden Mülltonnen, Stühle und Autos auf die Sraße geschoben. Bei der Auflösung der Demo schlug die Polizei wahllos auf alle Umstehenden ein und schoß mehrmals in die flüchtende Menge. Dabei verletzte sie drei DemonstrantInnen und eine Passantin. Im weiteren Umkreis wurden willkürlich über 30 Leute festgenommen.

Brutale Auflösung einer Kundgebung vor der EXPO

Am Eröffnungstag der Weltaustellung, am 20.April 92, verlasen Vertreter indigener Völker einen Protestbrief an den spanischen König vor einem der EXPO-Eingänge. Unterstützt wurden sie dabei von europäischen Solidaritätsgruppen. Wieder bekamen die friedlichen DemonstrantInnen die Willkür der spanischen Sicherheitskräfte zu spüren, als vermummte Anti-Terroreinheiten unter brutalem Schlaggstockeinsatz die kleine Kundgebung unter den Augen der internationalen Presse auflösten und selbst unbeteiligte BeobachterInnen wahllos festnahmen. Entgegen den Behauptungen der Polizei war der Zugang zur EXPO zu keiner Zeit blockiert worden.

Die Entführung vom Campingplatz

Am Tag danach nahm die Repression noch groteskere Züge an, als ein Sonderkommando der Polizei 23 KongreßteilnehmerInnen auf dem vom Kongreß angemieteten Campingplatz 25 km außerhalb von Sevilla während des Frühstücks überraschte und festnahm.

Mißhandlungen während der Haft

Für die über 80 Festgenommenen setzte sich die staatliche Repression über Tage fort. Mehr als 72 Stunden lang (nach spanischem Recht ist dann die Frist für "Polizeigewahrsam" überschritten) wurden sie weder einem Haftrichter vorgeführt, noch hatten sie die Möglichkeit, mit AnwältInnen, Angehörigen oder FreundInnen Kontakt aufzunehmen. Es blieb nicht bei Einschüchterungen und Gewaltandrohungen durch die Gefängniswärter:
- Im Hof der Polizeiwache in Sevilla mußten die Verhafteten vom Sonntag durch ein prügelndes Polizistenspalier Spießruten laufen und sich mit erhobenen Händen an der Mauer aufstellen. In den folgenden Stunden schlugen die Männer unter sexistischen und rassistischen Beleidigungen auf alle Körperteile der Gefangenen ein.
-Die meisten Häftlinge waren ständiger verbaler Bedrohung, der Verweigerung von hygienischen Bedürfnissen, dem Verbot von Kommunikation zwischen den Zellen und gezielten Schlägen ausgesetzt. Vertrauliche Anwaltsgespräche wurden verweigert, die AnwältInnen selbst bedroht.

Trotzdem schafften es die Verhafteten, die sich zum größten Teil nicht kannten, immer wieder Einigkeit im Vorgehen herzustellen und sich durch diese Solidarität Mut und Kraft zuzusprechen.

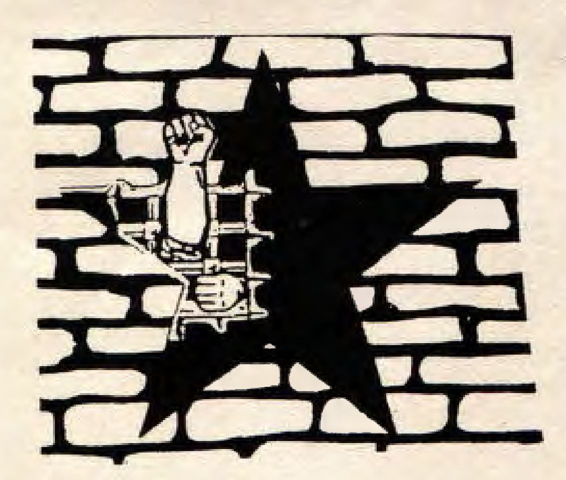
EG ohne Grenzen - Abschiebung auf spanisch

Bis auf 26 der Festgenommenen wurden alle von Vorwürfen wie "Störung der öffentlichen Ordnung", "Widerstand gegen die Staatsgewalt" und "Gewalt gegen Sachen und Personen" freigesprochen. Trotzdem wurden sie unmittelbar in Abschiebehaft genommen und ohne weitere richterliche Anhörung am sechsten

Tag (25.4) abgeschoben. Die in Deutschland lebenden LateinamerikanerInnen und nicht EG-BürgerInnen dürfen laut spanischem Ausländergesetz fünf Jahre Spanien nicht betreten.

Obwohl die deutschen Behörden (Generalkonsulat in Sevilla, Auswärtiges Amt in Bonn) nach Verhandlungen mit der spanischen Polizei eine Ausreise mit dem Kölner Reisebus noch bis zum Morgen des 25.4. fest zugesichert hatten, fand die Abschiebung in zwei Gefangenentransportern statt. Trotz wiederholter Nachfragen unterrichtete die Polizei die Inhaftierten weder über die Reiseroute noch über den Weitertransport bis zur deutsch-französischen Grenze. (Zitat Pressestelle Auswärtiges Amt: "Die Abschiebung ist rechtmäßig")
Je zwei Gefangene wurden in einen ca. 1,5 qm großen Metallkäfig gesperrt, in dem zwei Holzsitze angebracht waren. Die Fahrt zur französischen Grenze dauerte 20 Stunden und war von Ungewißheit über das weitere Geschehen sowie psychischem und physischem Druck durch die zahlreichen begleitenden Polizisten geprägt.

Am 7.5. wurden die ausländischen Gefangenen freigelassen und abschließend abgeschoben, und am 8.5. kamen dann auch die letzten sechs spanischen und baskischen Gefangenen frei- allerdings unter harten Auflagen: bis zum Verfahren, das in einem halben oder auch erst in zwei Jahren eröffnet wird, unterliegen sie einem 14-tägigem Meldezwang bei den Bullen und dem Verbot, bis zum Abschluß des Prozesses Spanien zu verlassen.
Den sechs SpanierInnen und BaskInnen wird "Widerstand gegen die Staatsgewalt mit schwerer Körperverletzung, Sachbeschädigung und Störung der öffentlichen Ordnung" vorgeworfen. Es muß befürchtet werden, daß ihnen ein exemplarischer Prozeß gemacht wird.



WWG, GATT & Weltbank

Hauptsächlich werden auf dem G7- Gipfel in München vom 6 bis8.7.92 Fragen der Kreditgewährung über IWF- und bilaterale"Aufbau"-Programme gegenüber den GUS-Staaten und anderen ehemaligen Ostblockländern behandelt. Weniger Beachtung findetdie gemeinsame Abstimmung derächtigsten Industrieländer imRahmen der GATT-Verhandluungen gegenüber den Trikont-Staaten.
Neben Interessengegensätzen und Konkurrenzkämpfen innerhalb der Handelsblöcke EG, USA und Japan geht es bei der Einbeziehung des Agrarhandels in die GATT-Verhandlungen (Allgemeines Zoll-und Handelsabkommen), um die Reduzierung des Außenschutzes bzw. der schrittweisen Öffnung der Marktschranken (sog "nichttarifähreHandelshemmnisse ") beispielsweise gegenüber denCairns- Ländern, der Gruppe agrarexportierender Staaten.
Abgesehen vom strukturellen Machtgefälle, hört sich das für einebreite Öffentlichkeit positiv an, wird den Trikont- Ländern dochein erleichterter Marktzugang angeboten, zB. in Form derErhöhung der Importquoten (Einfuhrmengenbegrenzung).

Doch GATT bedeutet für diese LänderkeinenHandelsvorteil,sondern ist ein weiteres Instrument der Industrieländer, das strukturelle Machtgefälle weiter auszubauen. Die Erhöhung der Importquoten ist an Bedingungen geknüpft: Wenn die verarmten Länder westlichen Unternehmen Patentrechte zum Schutz des "geistigen Eigentums" gewähren, werden die Märkte der Industriestaaten geöffnet. Profitieren werden davon vor allem die transnationalen Konzerne,denen ein Monopolrecht an Technologien zugesprochen werden soll. Der freie Fluß von technologischem Wissen in dieTrikont- Länder soll beschränkt werden.

Insbesondere den Multies in den Branchen Elektronik,vor allem Umweltschutztechnologien, und Biotechnologie werden neue Expansionsmöglichkeiten geschaffen. Mit der Biotechnologie sollendie verarmten Länder weiter zu riesigen Agrarfabriken ausgebaut werden. Das Patentrecht dient u.a. hierzu der

Patentierung von Lebewesen, genauer von Pflanzen(genetisch erzeugtes schädlingsresistentes Getreide und Arzneimittel). Wird denKonzernen ihr Wissensmonopol nicht gelassen, sprechen neoliberale Ökonomen von einer Behinderung des "Freihandels." Neben der "Liberalisierung"desAgrarhandels wird von den mächtigsten Industriestaaten auch auf den Gebieten Dienstleistung und Investitiondas"Freihandelspostulat" aufgestellt.

Je höher die Produktivität in den mächtigsten Industriestaaten entwickelt ist, desto mehr bedeutet die Forderung nach "Freihandel" und Ausdehnung des Weltmarktes im Klartext die Forderung nach Ausdehnung des ungleichen Tausches, bei dem eine G7- Arbeitsstunde, ausgedrückt in Fertigwaren, gegen mehrere Trikont-Arbeitsstunden, ausgedrückt in Rohstoffwaren und Nahrungsmittel, "demokratisch" getauscht werden. Zudem wird das strukturelle Machtgefälle dadurch verursacht, daß die Trikontstaaten mehrere Exportgüter verkaufen müssen, um ein Importgut (zB.Traktoren, Maschinen) erwerben zu können. Die Preise der Waren aus den Trikont-Ländern sind viel zu niedrig. Und für den Erwerb von Importgütern benötigen diese Länder Devisen, die sie nur aus den Exporterlösen erhalten. (sog.Verschlechterung der "terms of trade"- des Verhältnisses von Einfuhr- zu Ausfuhrpreisen).

In den Branchen Agrobuisiness und Pharma dauert der Streit zwischen den Industrienationen und den Trikont-Ländern um Besitz-und Patentrechte an genetischem Material schon seit Jahren an.Dieser Streit soll nun auf dem Polit-Zirkus UNCED in Rio (Umweltkonferenz der UNO) im Sinne der Industrieländer und damit vor vor allem der multinationalen Konzerne entschieden werden.(Nebenbei bemerkt: Selbst der mickrige Schritt derEinführung einer Energieverbrauchssteuer zur Eindämmung desTreibhauseffektes wird auch vom deutschen EG-"Industriekommissar" Angst- und BANGEMANN in Rio verhindert - deutsche "Vorreiter" im Umweltschutz...)

"Schutz der Regenwälder und der Arten" heißt für die UNCED: Die wichtigsten Zentren der Artenvielfalt werden zu botan ischen Gärten gemacht bzw. ihre Reichtümer in Saatgut- und Genbanken verbracht und von der Weltbank verwaltet. Die



traditionelle Waldwirtschaft der indigenen Völker in Amerika beispielsweise wird als "zerstörerischer Kreislauf" denunziert.Dabei handelt es sich um eine der Natur angepaßte ganzheitliche Wirtschaftsweise:Vorübergehende Brandrodung kleiner Parzellen, der Anpflanzung von bis zu 50 verschiedenen Nahrungsmittelpflanzen (statt Monokultur) auf einem Feld und das spätere Weiterziehen, damit der eigentlich nährstoffarme Boden sich erholen kann. Die Verwaltung der von den Industrienationen zu botanischen Gärten gemachten Regionen durch die Weltbank geschieht wie folgt: Die unbefugte, d.h. kostenlose Ausfuhr von Pflanzen aus den Genparks, ist natürlich strengstens untersagt.
Die Multies haben das Land vom Staat erhalten, die Weltbank finanziert sog. "Erschließungsprojekte" wie die geschilderte Biotechnologie, wie Weideland (u.a für den Fleischexport) oder wie Holzplantagen. Zu letzterem gehört die großflächige Abholzung des Regenwaldes. Ebenfalls für den Aufbau einer Eisenerzindustrie. Durch IWF-Strukturprogramme (vgl.Flora-Info-Nr.3 vom Mai) sind die Trikontstaaten gezwungen, hohe Exporterlöse (drückt sich vor allem in einer Mengenausweitung durch Massenproduktion aus) zu erzielen. Durch diese Industrialisierung wurden kleinbäuerliche Strukturen zerstört, Gewinner sind Großgrundbesitzer und Großunternehmen. Das Eigentum in diesen Ländern ist bekanntlich schweinisch verteilt.
Zurück zum Beispiel der Biotechnologie: Die Eintrittsgelder für die erwähnten botanischen Gärten (zB. Patentgebühren auf dürreresistenten Weizen) kassieren Weltbank und Multies von höchstbietenden Lizenznehmern. 1)

Widerstand

In Südamerika hat sich ein Zusammenschluß "500 Jahre indigener schwarzer und allgemeiner Volkswiderstand" gebildet. Ehemalige und heutige Kolonien fordern Reparationszahlungen von den EG-Ländern. Darüber hinaus fordert die Koordination der indigenen Völker des Amazonasbeckens
- daß nur die ganzheitlichen indigenen Wirtschaftsformen die Artenvielfalt und die dauerhafte Entwicklung sichern

- die Anerkennung des "Rechts auf geistigem Eigenntum" an ihrem Saatgut und ihren Züchtungsergebnissen

- die Anerkennung der Landrechte der indigenen Völker und eine umfassende Landreform

1) BürgerInnen beobachten Petunien - Kölner Gruppe gegen Gentechnologie

Widerstand in der BRD

I Gegenkongreßvorbereitungen

Die Vorbereitungen auf den Gegenkongreß in München verlaufen sehr schleppend. Neben formalen gab es ziemliche inhaltliche Auseinandersetzungen. Formal wurde darüber gestritten, ob Organisationen oder Einzelpersonen eine Stimme hinsichtlich der Themenwahl erhalten sollten. Inhaltlich vermißten einige Gruppen den Schwerpunkt Ökologie, andere wandten sich gegen die Betonung der Flüchtlings-/Rassismusproblematik. Autonome und BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) lehnten zurecht Gruppen mit bevölkerungspolitischen Ansätzen, wie die reaktionäre ÖDP und Teile der Grünen sie vertreten, ab.
Themen der Arbeitsgruppen von BUKO und Autonomen sind Migration/Flüchtlingspolitik und Rassismus. U.a die Bundesgrünen sowie auch Gewerkschaftsgruppen bezeichneten dies als das Hervorkramen von alten Themen "linker Bauchladenpolitik" und wollten als hauptsächlicher Geldgeber die ReferentInnen (vor allem aus Lateinamerika, Indien und Afrika) nicht finanzieren. Die Münchner Grünen vertraten demgegenüber eine andere Position,sind jedoch auch aus dem Bündnis raus und liebäugeln laut Presse mit dem Wiedereinstieg - verstehe das,wer will.

Vor allem die Bundesgrünen gingen dabei als finanzstarke Gruppe mit ihrem Scheckheft hausieren, um bestimmte Themenbereiche des Gegenkongresses besonders attraktiv zu gestalten und um anderedadurch möglichst herauszudrängen. (Zensur durch Geld)

Nach dem letzten Stand sind die Grünen, der BUND und Pro Regenwald aus dem Bündnis von rund 60 Gruppierungen ausgestiegen.
Die Münchner Gruppen wollen vom 3 bis 5.Juli in der Universität ein Diskussionnsfo rum anbieten, zu dem RednerInnen aus Lateinamerika, Indien und Afrika eingeladen

sind.Der Veranstalter des Gegengipfels, der Uni-SprecherInnenrat,lehnt es zurecht strikt ab, "sich von einer Partei oder parteiähnlichen Gruppierungen vereinahmen zu lassen".

II Münster

Am 8. und 9.Mai trafen sich die" G7-Außenminsister" in Münster.
Überhaupt laufen die Vorver- und Unterhandlungenstreffen, auf denen die eigentlichen politischen Weichenstellungen getroffen werden, ziemlich im stillen.
In München selbst wird nur die abschließende Galashow medienwirksam mit den Zombies stattfinden und vorher ein Kommunique verlesen, auf das sich alle einigen konnten, weil es nichts aussagt und die gemeinsamen "Werte" betont-Verlautbarungen als Medienfutter

In Münster war von den HERRschenden ein BürgerInnenfest mit staatlicher Promi-Mucke organisiert worden. Von den Promis sagten jedoch einige wegen der Rassenunruhen in Los Angeles ab. Einigen MusikerInnen wurde auch die Bedeutung des BürgerInnenfestes nicht ausdrücklich klargemacht, so daß sie davon ausgingen, selbst auf einer Anti-WWG-Veranstaltung zu spielen. Zu dem Fest wurden 110000 (!) erwartet, letztlich kamen 30000 Menschen. Auf der echten Anti-WWG-Demo waren leider nur 3000 Menschen, das Szene-Ghetto.
Insgesamt war Münster eine Schlappe für die PR-Strategen der WWG-Propaganda, die ihnen jedoch nicht aufgrund einer Stärke der Gegenbewegung zugefügt wurde, sondern die von a) äußeren Umständen (Wetter und Münster ist keine Stadt für 110000 Menschen Spektakel) und b) der Absage einiger MusikerInnen wegen der Unruhen in L.A. getragen wurde.

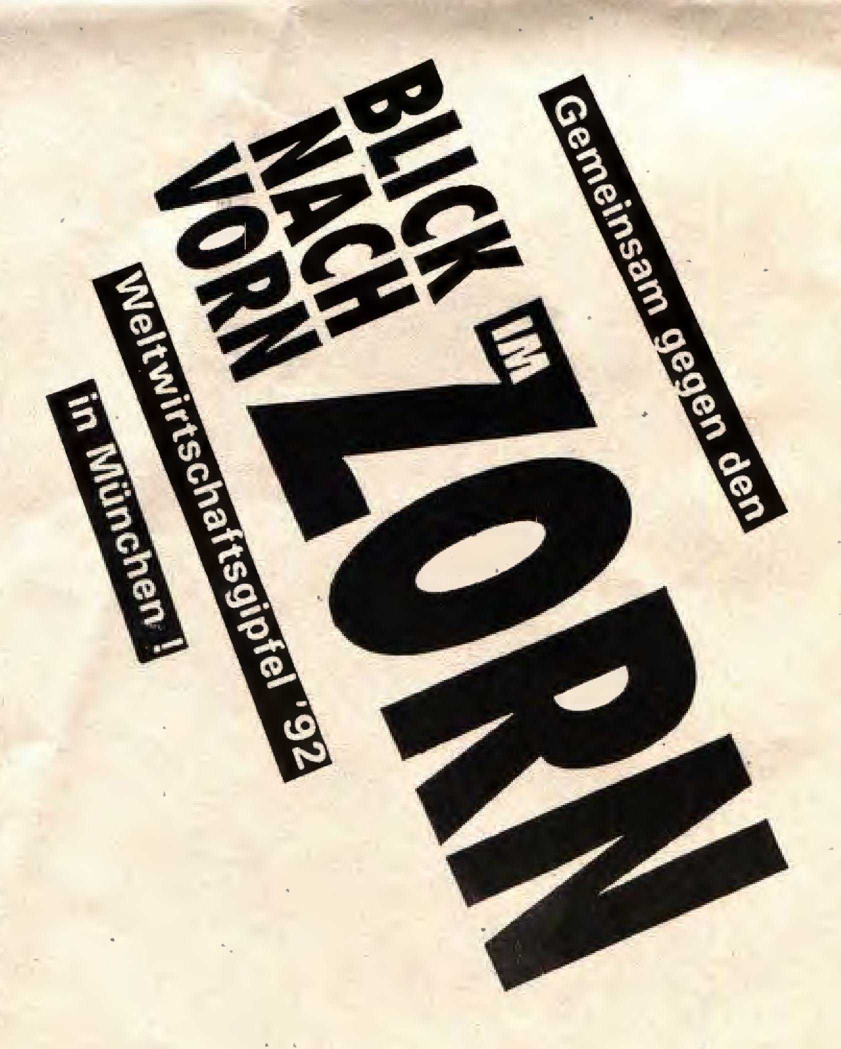
III Bayern

Die Vorbereitungen zum Gegenkongreß und der Demo in Bayern werden sehr stark kriminalisiert. Zwei Veranstaltungen, eine am 4.4 und eine amm 4.5, wurden mit einem Bullenknüppeleinsatz gesprengt und beendet. Am 4.4.d.J. wollte ein breites Bündnis vor allem von GRÜNEN, BUKO und AUTONOMEN - über 20 Gruppen- eine Veranstaltunggegen den WWG in München und die Jubelfeiern zum 500 jährigem "Jubiläum" der kolonialistischen Unterwerfung Amerikas durchführen.

Bayerische Zivilbullen wurden zu Beginn der Veranstaltung bei der ihrer Überwachung mit Tonbandgeräten sowohl von den VeranstalterInnen als auch den 350 TeilnehmerInnen am Spitzeln gehindert. Daraufhin schlug die Staatsmacht zu:Zwei Dutzend behelmte Bullen des "Unterstützungskommandos" stürmten unter Rückenndeckung von mehreren Hundertschaften vor dem Haidhausener Bürgersaal den Veranstaltungsort. Angesichts dieser offenen Repression war allen Anwesenden klar, daß unter solchen von der Staatsmacht mit Gewalt durchgesetzten Verhältnissen keine Diskussion um politische Inhalte möglich ist Diese Repression erfolgt auf unterschiedlichen Ebenen, auchwenn's erstmal recht einfach aussieht:

- Interessierte sollen abgeschreckt werden, wer geht schon gerne in einen Bullenkessel? (Kriminalisierung)

- Unterbindung einer offenen Diskussion und Schärfung der Schere im Kopf (Zensur)



- Erleichterung des staatlichen Zugriffs auf Vortrags- und Diskussionsinhalte sowie auf deren VerbreiterInnen (Kontrolle)

Am 4. Mai passierte dasgleiche, die Veranstaltung fand dann in der Münchner Uni statt, die Veranstaltung wurde als geschlossene Versammlung deklariert.

Im Vorfeld des Gipfels läuft die Medienhetze gegen die in der Vorbereitung und Organisation des Gegengipfels befindlichen Menschen auf Hochtouren. Das Nürnberger KOMM wurde wieder mal als "Terroristennest" ausgemacht ("RAF-Umfeld").
Es kommt zu ungewöhnlich vielen Verfahrenseröffnungen: So werden Frauen seit einer Frauendemonstration im Vorfeld des WWG wegen Abspielen des "Rote Zora"-Liedes mit 129a Verfahren belästigt.-

Nach Presseangaben werden in München während des Gipfels 15000 Polizisten sein, München dürfte sich dann im Belagerungszustand befinden. Der Einsatz kostet schlappe 25 Millionen.

Nichtsdestotrotz wird es als wichtig begriffen, nach München zu fahren, um dort präsent zu sein. Dem Mythos "Bullen-Bayern" sollen hier zwei Klarstellungen folgen:

- Die USK-Bullen
Es gibt in Bayern 4 speziell im Nahkampf ausgebildete Hundertschaften. Die werden auch oft und gerne eingesetzt, jedoch: prügelnde Bullen sind überall gleich - in Hamburg wird halt dreimal aufgefordert, bevor der Einsatzzug Mitte losmarschiert, in Bayern schlagen sie gleich zu.

- 14 Tage "Vorbeugehaft" bzw."Vorwegingewahrsamnahme"
Bedroht sind davon vor allem Menschen, die schon mal rechtskräftig wegen irgendwas verurteilt wurden bzw. im Computer in der sogenannten "Störer"-Datei stehen. Dieses SOG- Gesetz (Polizeiaufgabengesetz) ist bundesweit einmalig. Ohne eine Tat begangen zu haben, kann eingeknastet werden-vorbeugend versteht sich. Allerdings findet auch hier eine Haftprüfung statt, was einer völligen Willkür der Exekutive zumindest etwas entgegensetzt.

Das nächste bundesweite Anti WWG-Treffen findet am 13/14. Juni wieder in Kassel statt.

Demonstration gegen den WWG in München: 4.7.92
Aktionstage: 6.-8.7.92

Gestern wie heute

Kriminalisierung der Antifa

Im Prozeß gegen K.Kielhorn(73)und G.Bögelein (69), die angeblich einen Mord an dem NS-Oberstabsrichter Kallmerten 1947 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager begangen haben sollen,folgte das Landgericht Hamburg den Anträgen des Oberstaatsanwaltes Duhn. Es befand am 18.5. den Angeklagten Bögelein für schuldig des 1947 begangenen gemeinschaftlichen Mordes und verurteilte ihn zu lebenslanger Haft (!). Der mitangeklagte damalige Leiter der Antifa-Gruppe im Lager, Kielhorn, wurde freigesprochen.Das Urteil wurde in einem mit Panzerglas und Mikrofonanlage ausgestatteten Gerichtssaal verkündet, eine knappe Hundertschaft Bullen sollte Unmutsbekundungen der schon in den letzten Wochen zahlreicher gewordenen ProzeßbeobachterInnen ersticken. Nach der Urteilsverkündung gingen die weiteren Ausführungen desVorsitzenden Richters der 22 Strafkammer des LG, Erdmann, im Tumult unter, der Saal wurde geräumt.

Der Prozeß gegen die beiden mutete an wie ein Geisterverfahren, ein Horrortrip durch die deutsche Geschichte, deutsche Gerichtsbarkeit und Geschichtsaufarbeitung. Es geht um die Tötung des Nazi- Richters Kallmerten, der für ca. 170 gefällte Todesurteile gegen sowjetische Partisanen, Zivilisten und deutsche Deserteure verantwortlich war. Im sowjetischen Kriegsgefangenenlager waren 4000 deutsche Gefangene, die Reste der berüchtigten "Kurlandarmee", die für die Massaker an den baltischen Juden neben den Sonderpolizeikommandos die Hauptverantwortung trug. Unter den Gefangenen befand sich neben Kriegsverbrechern, weiterhin gläubigen Nazis und einer Mehrheit von "Unpolitischen" auch eine Anzahl von Antifaschisten, darunter Bögelein und Kielhorn. Kielhorn war Leiter einer Antifa-Gruppe, ein Zusammenschluß von liberal, über sozialdemokratisch bis kommunistisch orientierten Gefangenen im sowjetischen Lager, und wurde jetzt als geistiger Urheber der Tötung des Nazi-Richters Kallmerten angeklagt. Bögelein, im Krieg desertiert, kämpfte bis 1945 in einer sowjetischen Partisanengruppe gegen die deutsche Armee im Baltikum. Er sollte laut

Anklage an der Tötung des furchtbaren Juristen direkt beteiligt gewesen sein.

Im Zuge der Vereinigung beider deutscher Staaten verfaßte Oberstaatsanwalt Duhn die Anklageschrift aufgrund der in den 5o er Jahren geführten Ermittlungsakten des Hamburger Landgerichtsdirektors Steckel. Steckel vernahm 275 Zeugen, um den Tod des Oberstabsrichters aufzuklären... Dramaturgie,Diktion und Inhalt der Steckel Ermittlungsakten gleichen sich so, daß ProzeßbeobachterInnen davon ausgehen, er habe vielen Zeugen die Aussagen in den Mund gelegt. Der Zeuge E. Kessler, bis 1975 Vorsitzender der Lagergemeinschaft der Dachau- Häftlinge und bis heute Mitglied im VVN- Vorstand, hatte schon während der Befragung durch Steckel ein ungutes Gefühl- und stenografierte das Verhör mit. Ein Vergleich mit SteckelsProtokoll ergibt gravi erende Differenzen. Und der Cellist O. Joachim beispielsweise, der vom Ermittlungsrichter Steckel als Antifaschist in die Rolle eines Angeklagten gedrängt wurde, empörte sich:"Bin ich bei Herrn Freisler?". Fast:* Steckel war beim Volksgerichtshof in Potsdam in den letzten Monaten des dritten Reiches als Staatsanwalt tätig. Kielhorns Anwalt J. Schwenn fand heraus, daß er auch Staatsanwalt beim NS-Sondergericht in Königsberg war. Ziel des Verfahrens in den 50 - ern war die Kriminalisierung von Antifaschisten im kalten Krieg ,in der BRD herrschte ein dumpfer, totalitärer Antikommunismus. Die BRD war Frontstaat und Bollwerk gegen das Böse. Auch festgeknüpfte Verbindungen, beispielsweise die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion", trugen zu den Ermittlungen und der Anklageschrift 1952 bei: In den Prozeßakten werden diese Verbindungen in Briefen an die Angehörigen des Massenmörders Kallmerten deutlich:Adressen wurden gesucht, es wurden Tipps gegeben, wo noch ein weiterer alter Kumpan sitzen könnte, der als Zeuge in Betracht komme, um den Tod Kallmertens zu "sühnen". Wie für Steckel ist es offenbar auch für Oberstaatsanwalt Duhn ein wichtiges Ziel, die organisierte Antifa im damaligen Gefangenenlager zu kriminalisieren.Das Gerüst der damaligen Anklage wurde von ihm aufgestockt: Weil "Anstiftung zum Mord"(Steckel- Anklage) wie alles andere, außer Mord selbst,nach so langer Zeit verjährt, wurde auch Kielhorn wegen Mordverdacht angeklagt. Die Verteidigung hatte zu Beginn des Prozesses den Antrag gestellt, die Ermittlungen von 1950 -52 nicht als Grundlage des Verfahrens zuzulassen,da sie hauptsächlich durch Steckel



zustandegekommen seien. Dieser Antrag wurde umgehend abgelehnt mit der Begründung, daß Steckel 1952 Landgerichtsdirektor in Hamburg geworden ist, folglich könne er keine gravierenden faschistischen Verbrechen begangen haben... Des weiteren stellte Bögeleins Verteidigung den Antrag auf Anforderung von Prozeßakten aus Litauen, da dort damals der Fall schon einem vor einem sowjetischen Gericht verhandelt wurde. Die Prozeßakten interessierten das Gericht wenig, es stützte sich lieber auf die Steckel-Akten.

PROZESS GEGEN LOHBRÜGGER NAZI-SKINS

Seit dem 30.4.92 läuft vor der großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg ein Prozeß gegen drei Lohbrügger Nazi-Skins wegen versuchten Totschlags.

Sie hatten im Juli 1991 einen türkischen Kollegen vor dem Bergedorfer Disco-Schiff "Kogge" halbtot geprügelt.

Bei ihrer Vernehmung waren die drei Angeklagten mehr als wortkarg. Ihre rechtsradikale Gesinnung und ihre guten Kontakte zu Christian Worchs Nationaler Liste wollten sie offenbar nicht zum Thema werden lassen. Mehr als einen diffusen AusländerInnenhaß wollten sie nicht äußern. Auch der Wortführer der Verteidigung, der Rassist Jürgen Rieger, versucht, den politischen Hintergrund der Tat aus dem Prozeß herauszuhalten.

Die präzisen Nachfragen der Nebenklage zu diesem Hintergrund stoßen ärgerlicherweise auch bei Richter Dahm auf Unwillen und Widerstand.

Riegers Strategie kristallisierte sich recht schnell heraus:

1. Er versucht, die verminderte Schuldfähigkeit seiner Schützlinge zu beweisen. Stereotyp addieren Angeklagte wie Entlastungszeugen utopische Alkoholmengen zusammen, welche die

Angeklagten vor der Tat konsumiert haben wollen.

2. Rieger will den Vorwurf der Tötungsabsicht der Angeklagten widerlegen. Zwar sind alle mehr oder weniger geständig, aber auf den Kopf des türkischen Kollegen will keiner getreten haben. Doch gerade am Kopf hatte er schwerste Verletzungen.

3. Rieger verdreht die bestehenden Gewaltverhältnisse. Er stellt die Skins ganz allgemein als die Opfer gewalttätiger AusländerInnen dar.

Vor diesem Hintergrund soll die Tat dann den Charakter einer Art Notwehr bekommen.

Alles in allem sind Entlastungszeugen und Angeklagte wenig glaubhaft. Ihre Aussagen wirken abgesprochen, wenn es kritisch wird, berufen sie sich auf ihre Trunkenheit und haben Gedächtnislücken.

Im Gegensatz dazu erscheinen die Belastungszeugen wesentlich glaubhafter.

Bisher haben AntifaschistInnen durch starke Prozeßbegleitung das Bild dieses Prozesse mitbestimmt. Gegen rassistische Sprüche von Rieger wurde lautstark protestiert. Am Morgen des dritten Prozeßtages lief Rieger, wohl noch schlaftrunken, in eine Faust...(BUMM!)... und mußte erstmal ins Hafenkrankenhaus...(AUA,AUA)... .

Lohbrügger Skins haben sich bislang noch nicht massiv oder offen faschistisch auftretend beim Prozeß blicken lassen. In der Regel erscheinen einige Frauen aus dem Fascho-Umfeld im Saal.

(Einige ProzeßbeobachterInnen)

Die nächsten Prozeßtermine: 2.6., 4.6., 11.6., 22.6., 25.6. jeweils um 8.00 Uhr





Autonom und arbeitsscheu bauten wir die Mauer neu

Den Segnungen des Marxismus-Leninismus eingedenk vertrauten wir nicht länger auf die kapitalistisch-imperialistischen Stadtplanungspolitk aus dem bourgois-reformistischen Lager (STEG und EGL) und bauten unseren Vorbildern an Werkbank und Waffe folgend einen Anitfaschistischen Schutzwall. Dabei wird dem Imperialismus und seinen Bütteln in seinem aggressiven Expansionsdrang auf antikapitalistischem Terrain Einhalt geboten.

Dank auch dem ArbeiterInnenkampfbund VEB Mauer konnte das sozialistische Planungsziel in hervorragender Weise übertroffen werden, so daß auch andere sozialistische Errungenschaften zu Ruhm und Glanz geführt werden konnten. Am Schluß wollen wir besonders hervorheben die Leistungen des Kampfbundes VEB Kochen und die der Nachtwachen-Brigade Schlaflos.


Foto: Blumenthal

DIE LKA-LÜGNER SIND WIEDER DA

Im Folgenden drucken wir die Erklärung von Ralf und Knud vom 18.5.92 ab:

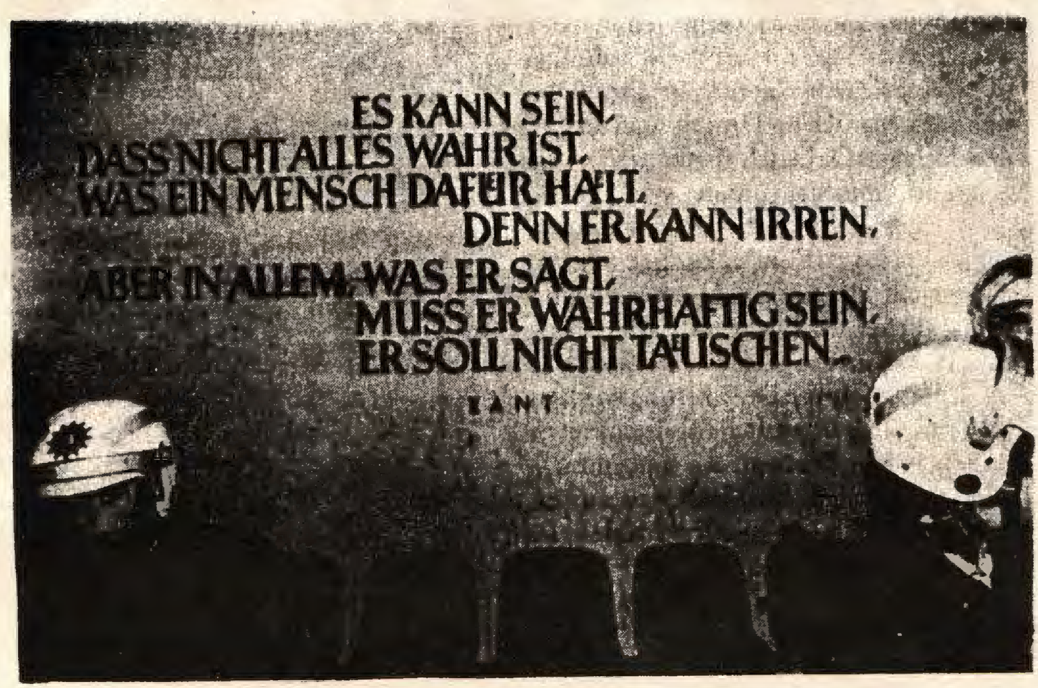
Bevor nun der Staatsschützer Martens erneut seine Lügen auftischt, wollen wir nochmal benennen, worum es eigentlich geht und was im Prozeß bereits gelaufen ist.
Die vier LKA'ler Martens, Thoms, Schöning und Jahnke treten - ebenso wie ihre drei Pinneberger Kollegen - hier nicht als Individuen auf. Ihr siebenfacher Entschluß, die Aussage zu verweigern, ist nicht ihre persönliche Entscheidung. Es ist die Entscheidung des Hamburger Staatsschutzes, der auf diese Art und Weise das Verfahren bestimmen will, um seine Vertreter zu decken und das Konstrukt gegen uns zu retten. Die Beamten stehen und reden hier für eine politische Linie, dessen Ziel die Ausschaltung jeglichen Widerstandes gegen die herrschenden Verhältnisse ist. Hier im Gericht setzt sich die Auseinandersetzung zwischen dem Staatsschutz und dem Widerstand fort. Dieses Verfahren mag juristisch in Itzehoe stattfinden, im Kern ist es aber die Auseinandersetzung, die überall geführt wird. Dabei geht es immer darum, ob sich selbstbestimmtes Denken und Handeln durchsetzt, oder ein profitorientiertes Streben, das, wennnnnnnnn nötig, auch über Mensch und Natur hinwegfegt.
So auch im Sommer 91, als der Hamburger Senat im Schanzenviertel die Machtfrage stellte, indem er den Park der Roten Flora zerstören ließ. Er hatte dort Menschen ausgemacht, die sich einfach nicht mehr in diese Senatspläne integrieren ließen. Das Ergebnis war ein zerstörter Park, viele Verletzte, einige von uns kamen vor Gericht und wir kamen in den Knast.
Das genau ist die politische Konfrontation, um die es hier geht. Und genau in diesem Rahmen tritt der Staatsschutz hier auch auf. Es geht hier nicht um individuelle Aussagen einzelner Beamter. Schon bei der kurzen Befragung von Martens im März wurde klar, daß sich die LKA'ler gemeinsam intensiv auf das Verfahre vorbereitet haben; sie bei ihren Schminkstunden und mit ihren Vorgesetzten ihr Vorgehen genauestens abstimmen. Und es wurde klar, daß Martens bei seiner Lüge bleibt, die restlichen drei werden auch nichts anderes bringen.
Es war die Staatsschutzführung, die - laut Martens - im Juli 91 Weisung gegeben hat, den Umstand zu verbergen, daß wir gar nicht die Personen waren, die observiert werden sollten.
Dieselbe Führung entscheidet ein dreiviertel Jahr später, daß es taktisch sinnvoller ist, die angebliche Verwechslung im Prozeß offen zu machen. So sollen Fragen über die Grundlagen

der Observation oder den Observationsauftrag umgangen werden.
Ebenso ist die Weigerung auszusagen ein Ergebnis der Lagebeurteilung des LKA nach dem ersten Auftritt Martens am siebten Prozeßtag. So ist es dann auch nur logisch, daß die Kosten des Anwaltes und einer Maskenbildnerin der Staatsoper aus dem Haushaltstitel 8500.535.70 des Landeshaushaltes Hamburg bezahlt werden.
Es ist eindeutig: die Innenbehörde will in diesem Prozeß die Bedingungen bestimmen. Bei der Frage der Aussage auf Tonband ging es ihr auch nicht um das Tonband an sich, sondern darum, ob wir und unsere Verteidigung Kopien bekommen. Die drei Pnneberger Kripoleute Drasdo, Rieck-Perschonge und Rohwedder begründen ihre Weigerung ganz unverhohlen damit, daß mensch bei unserer Verteidigung "nicht wissen können", weil sie ja "überengagiert" seien. Sie kündigen schon mal einen Anwalt an, wenn es - laut Rohwedder - "hart auf hart" kommen würde. Da ist es auch nicht mehr verwunderlich, daß die Pinneberger Polizei eine Pressemappe zu unserem Fall führt, oder daß der Leiter der Pinneberger Schutzpolizei, Klaus Seifert, im Dienstwagen zur Wache fährt, um dann zu Fuß und in Zivil zum Prozeß zu erscheinen.
Es schon jetzt offen geworden: der Prozeß zeigt eine Vielzahl von Mitteln und Methoden, die (vor allem) die politische Polizei benutzt, wenn sie als Anklägerin auftritt: Konstrukte, Maskierung, konkrete Absprachen, wie vorgegangen und was gesagt werden soll und was durch die Aussagebeschränkung verschwiegen werden soll.

Diese Staatsschutzmethoden zu benennen, begreifbar zu machen, anzugreifen und sie letztlich zu stoppen, haben wir und die Menschen, die in dieser Auseinandersetzung auf unserer Seite stehen, uns zum Ziel gemacht.

Falls ihr nähere Informationen zu dem Prozeß gegen Knud und Ralf haben wollt:
(Neue) InfoBüroZeiten:
Montags :17.30 bis 18.30Uhr
Mittwochs:15.00 bis 16.00Uhr
Adresse : Infobüro "R&K", c/o Schwarzmarkt, Paulinenstraße 15, 2 HH 36, Tel:040/316542, Fax:040/-3194581

Die nächsten Prozeßtermine:
Statt MO 08.06.(Pfingstmontag) am MI 10.6.
MO 15.6.. eventuell Prozeß (nochmal im Infobüro nachfragen!)
FR 19.6. letzter Verhandlungstag vor der Verhandlungspause zum 20.7.



Radio Loretta

Wer und was ist Radio Loretta?

Radio Loretta ist der offizielle Nachfolger des gemischten Plenums von Radio St.Pauli.
Nachdem, wie bereits bekannt, die HAM (Hamburgische Anstalt für Medien, die Red.) im letzten Frühjahr Radio St.Pauli die Frequenz 97,1 mit einer Stimme verweigerte, stiegen viele Aktive aus Enttäuschung und Motivationslosigkeit aus dem Projekt aus.
Die Verbliebenen führten im Laufe der Zeit einen internen Streit aus, der in der Spaltung des Projekts auf der letzten Mitgliederversammlung vom 14.12.91 gipfelte. Dies hatte verschiedene Ursachen, Effekt war jedoch, daß sich zwei Gruppen voneinander unabhängig erklärten.
Die erste Gruppe (Radio St.Paula) ist seitdem damit beschäftigt, ein feministisches Radio aufzubauen. Das restliche gemischte Radio, welches dem Weg von Radio St.Paula nicht folgen konnte und wollte, beschloß, ein neues Projekt zu gründen, welches aus den Fehlern, die im alten Radio gemacht wurden, gelernt haben will, aber auch die Erfahrung eines solchen Projektes besitzt.

Der Name "Radio Loretta"- LOKALES RADIO in Hamburg soll deutlich machen, daß das neue Projekt keine schlichte Fortsetzung von Radio St.Pauli ist, sondern der Versuch eines neuen Radios mit neuen Grundsätzen, Meinungen und Leuten. Radio Loretta soll offen, vielfältig, aber von allen Beteiligten gleichermaßen gestaltet und verantwortet sein. Unser erstes Ziel ist eine regelmäßige und feste Sendezeit auf dem Offenen Kanal.

Wie viele wissen, ist "Loretta" auch der Straßenkämpfer aus dem Monty Python-Film "Life of Brian", militantes und sensitives Mitglied einer der drei Volksbefreiungsfronten Judäas, die in erster Linie sich selbst bekämpfen. Dieser Name ist unter anderem für uns Programm.
Für die , die diesen Kultfilm erst 17 bis 25 mal gesehen haben oder vielleicht kein Fußball mögen (26.6. ist EM-Endspiel) zeigen wir auf unserem Festival "Leben des Brian" vor dem Konzert

Weil der Mangel an Sendezeit im Offenen Kanal unseren Tatendurst nicht stillen kann, sind wir dabei, gemeinsam mit dem Libertärem Zentrum,Lagerstr.27, 2HH36, wo auch unsere Büroanschrift ist, als Begleitmedium eine Zeitung zu gründen. Sie wird den originellen Titel "Infodienst" tragen und sich mit Medien, Gesellschaft, Kultur und besonders der gesellschaftlichen Rolle von Musik beschäftigen.
An unserem Stand beim Festival läßt sich der Infodienst unter obengenannter Adresse auch abbonieren, womit das Projekt unterstützt wird.

Postadresse:
Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27
2000 Hamburg 36

Offenes Treffen der Aktiven:
jeden Donnerstag 20.30 Uhr im
Haus 3 -Stadtteilzentrum
Hospitalstr.107
2000 Hamburg 50

Wir fordern nach wie vor : Den ganzen Sonntag für feste Gruppen auf dem offenen Kanal!
Zum Hören empfiehlt radio loretta (ehem. radio st.pauli/gemischtes Plenum) folgende Sendungen (Offener Kanal Hamburg, UKW 96,0 MHz, Kabel 95,45):

Di. 2.6.92 20 Uhr: Womens Blues; Sa 6.6.92 14.15 Buntes Republik Dresden; Sa 13.6.92 14.15: Radio Lorettas Jazzwelle Hoch Zwei; Fr.19.6.92 20 Uhr Medien subversiv; Mo. 22.6.92 Radio Loretta Festival

Radio Loretta

(**Anmerkung der Redaktion:** Die Position von Radio Loretta zu den Konflikten und der Teilung des ehemaligen Radio St.Pauli wird nicht von allen Mitgliedern des alten gemischten Plenums geteilt. Es gibt und gab auch KritikerInnen außerhalb des Radio St.Paula
In der nächsten Ausgabe vom ZECK wird ein Artikel von Radio St.Paula erscheinen.)

BERICHTIGUNG

In dem letzten Flora-Info (Mai) stand ein Artikel über die Demo der türkischen Nationalisten am 04.04. in Hamburg. Darin wurden die Ereignisse teilweise verfälscht/undifferenziert dargestellt.
In diesem Artikel, sowie auch in den meisten Medien, ist von der Auseinandersetzung der **Türken und Kurden die Rede.** Z.B. wurde in diesem Info das Volkshaus der Türkei als "**kurdisches**" Volkshaus erwähnt; außerdem wurden die **türkischen Menschen**, die sich an den Montagstreffen im Volkshaus beteiligen, in dem Artikel ausgeklammert, obwohl Leute aus der Flora selbst bei diesen Treffen dabei waren. Hier entsteht der Eindruck, als ob es sich bei den Vorfällen um eine Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden handelt. Dieser Eindruck ist falsch und dient der Spaltungspolitik des türkischen und deutschen Staates. Diese Politik versucht in diesem Zusammenhang, die Inhalte der Auseinandersetzung auszuhöhlen, als ob es nicht um rassistisch-faschistische Angriffe geht. Ferner versucht sie die Linke mit Drogen und Terror gleichzusetzen. (Auf der Demo am 04.04. wurden Transparente mit folgenden Inhalten getragen:"Was für euch Baader-Meinhof ist, ist für uns die PKK"; "Drogen = Terror = PKK". Außerdem tauchen in Hamburg massenhaft Plakate der Grauen Wölfe mit gleichem Inhalt auf.)

Insgesamt versucht der türkische Staat, sowohl in der Türkei als auch im Ausland, eine Basisunterstützung für seine Kurdistanpolitik zu schaffen, wobei er nicht nur gegen die Kurden, sondern auch gegen die Linke, Gewalt anwendet, um sie zum Schweigen zu bringen.

Die undifferenzierte Verwendung von Sammelbegriffen wie "Einwanderer", "Türken", "Kurden" ist schlicht und einfach falsch. Diese Gruppen dürfen nicht als homogen betrachtet werden. In der Vergangenheit wurde von einigen vermeintlich linken Gruppen der Fehler gemacht, mit Leuten, die unter den Sammelbegriff Einwanderer/Einwanderinnen fallen, gegen den deutschen Rassismus anzugehen, wobei diese Gruppen nicht störte, daß sich unter den "Einwanderern/Einwanderinnen" auch Rassisten/Rassistinnen, Reaktionäre und Faschisten/Faschistinnen befanden. Mit türkischen Rassisten/Rassistinnen wurden, unter Ausschluß der Feministinnen, Linken und Kurden, Bündnisse geschlossen und Aktivitäten gegen den Rassismus der BRD entwickelt. Diese Gruppen haben sich bis heute von dieser Politik nicht distanziert.

Auf der anderen Seite machen andere Linke (Flora; Taz uvm) den Fehler, die beiden Völker der Türken und Kurden als homogene Gruppen darzustellen, ohne darauf zu achten, daß sowohl Faschisten/Faschistinnen - Rassisten/Rassistinnen als auch Antifaschisten/Antifaschistinnen - Antirassisten/Antirassistinnen in beiden Völkern existieren. Diese undifferenzierte Haltung ist verantwortungslos und gefährlich.

Es ist endlich an der Zeit, sich dieser Diskussion zu stellen und sich von der Position des "mittelbaren Handlangers der türkischen und deutschen Staaten" zu befreien.

Stellungnahme der Redaktion

Wir bedauern die ungenaue Berichterstattung zum KurdInnen-Artikel in der Mai- Ausgabe. Das Volkshaus ist natürlich ein türkisch-kurdisches Volkshaus. Des weiteren ist uns klar, daß es eine radikale Linke in der Türkei gibt, die auch in diesem Fall den kurdischen Kampf aktiv unterstützt. In der von uns als kurdisch-deutschen Arbeitsgruppe bezeichneten AG im Volkshaus waren auch linke Türken beteiligt.Wir entschuldigen uns für diese Pannen.

Berichtigung zum Artikel

"Prozeß gegen

Annette und Bert "

Im Artikel war die Rede von der BEPO FD 942. Richtig muß es heißen: Im übrigen fielen die die Annette und Bert gemeinsam vorgeworfene Tat betreffenden Zeugenaussagen der Bullen -4 von der E-Schicht der Wache 16, 2 vom FD 924 (...) erwartungsgemäß übereinstimmend aus. Der Fehler lag im zugegangenen Manuscript, nicht bei der Redaktion.

Türkisches Volkshaus, Buchladen Yol und Munzur-Imbiß angegriffen

Am 4.4.92 demonstrierten ca. 26.000 türkische NationalistInnen bundesweit in den Städten Stuttgart, Mainz, Nürnberg und Hamburg gegen den angeblichen Terror der kurdischen PKK und gegen die jüngsten "türkeikritischen" Beschlüsse der Bundesregierung. Dabei kam es in Hamburg und Stuttgart zu Angriffen von gut durchorganisierten rechten türkischen Gruppen auf türkische und kurdische Linke.

Die Demonstrationen waren organisiert von staatlichen türkischen Stellen. Einen zentrale Rolle spielten dabei die Konsulate und diesen nahestehenden Vereine, sowie türkische Moscheen. Bei der Demonstration in Hamburg verteilte der vom Sozialattache des Konsulats gesteuerte "Koordinationsverband Türkischer Vereine in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V." eine Erklärung an die deutsche Bevölkerung. Darin wandte er sich gegen die "einseitige Haltung" der Bundesregierung und beschwor die "traditionelle deutsch-türkische Freundschaft". Gegenüber den BRD-Medien, die sich jahrelang um die KurdInnenverfolgung in der Türkei nicht sonderlich gekümmert hatten, wurde nun nach einigen wenigen kritischen Berichten eine "aufrichtige und ‚neutrale" Berichterstattung eingefordert. Dazu muß mensch wissen, daß in der Türkei die Berichterstattung über Kurdistan einer Totalzensur unterworfen ist. In Ulm waren regierungsnahe Gruppen so weit gegangen, die ganze greifbare Auflage des 'Spiegel' aufzukaufen, und hatten ihre öffentliche Verbrennung angekündigt.

Im Hintergrund solcher Attacken steht die Eskalation des Konflikts in Türkisch-Kurdistan. Seit den diesjährigen Newroz-Feiern wird er von der türkischen Regierung als regelrechter BürgerInnenkrieg unter Einsatz aller verfügbaren militärischen Mittel geführt. Das erklärte Ziel ist, die kurdische Guerilla "auszulöschen", was Panzereinsätze und Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung einschließt. Die Waffen dazu stammen zum erheblichen Teil aus Beständen der ehemaligen NVA: Ohne irgendwelches öffentliches Aufsehen hat die BRD im letzten Jahr -zigtausende Kalaschnikows, Millionen Schuß Munition, Granatwerfer, Panzerfäuste etc. geliefert. Jetzt, wo nur die Spitze des Eisbergs dieser Lieferungen in die öffentliche Kritik gekommen ist, versucht die türkische Regierung, durch eine nationalistische Moblisierung in der BRD aufzuzeigen, daß ihre Politik von der Bevölkerung getragen wird. Gleichzeitig wird dadurch Druck ausgeübt, damit die Mordhilfe nicht ins Stocken kommt. Der konkrete Ablauf der Demonstration zeigt, daß sich die bundesdeutsche Türkei-Politik keineswegs ernsthaft geändert hat.

Hamburg: Polizeischutz für die Schläger

Auffällig war die Routenführung der Hamburger Demonstration, die sich offenbar an lohnenden Angriffszielen orientierte. Dazu gehörte insbesondere das türkische Volkshaus in der Feldstraße, das ein großes Transparent "Selbstbestimmungsrecht der Völker- auch für Kurden!" ausgehängt hatte, und der linke Buchladen Yol in der Schanzenstraße, aber auch die besetzten Schanzenhäuser.
Die zahlreich vertretene Polizei machte keinerlei Anstalten, die möglichen Angriffsziele zu schützen- im Gegenteil. Auch als der Buchladen direkt bei den polizeilichen Begleitkommandos Objektschutz beantragte, ließ sich dort kein Polizist blicken. So gelang es einem der Rechten, die Scheibe des Buchladens einzuschlagen. Ein Fotograf, der versucht hatte, die Szene festzuhalten, wurde von mehreren Teilnehmern des Aufmarsches zusammengeschlagen und erheblich verletzt, seine Kamera zerstört.
Krasser noch fiel der "polizeiliche Schutz" für das türkische Volkshaus aus: als sich die türkischen Faschisten davor aufbauten, trat die Polizei (!) die Tür ein, stürmte das Haus und riß das aushängende Solidaritätstransparent herunter.

(Leute aus dem Buchladen Yol und dem Volkshaus)





FREIE MANUFAKTUR

Lederhosen
Jacken
Änderungen
Accessoires
Sitzbänke
Packtaschen
Werkzeugrollen
Reparaturen
Sonderanfertigungen PKW etc

BEIM GRÜNEN JÄGER 25
2000 HAMBURG 36
TELEFON: 040/4 39 18 39

E·M·E·K

Türkisches Spezialitäten-Restaurant

Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht



BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

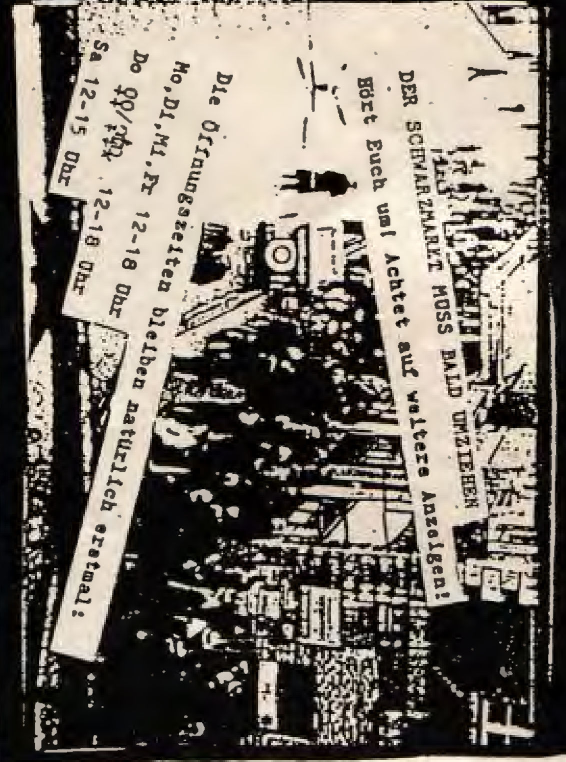
LITERATUR • POLITIK
SCHULTERBLATT 55
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08
FAX 040/43 38 11

KINDERBUCH • PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 88
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

- Geronimo u.a., Feuer und Flamme 2; Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, ID-Archiv 1992, 20 DM;
- Tomas Lecorte, Wir tanzen bis zum Ende, Autonomenroman; Galgenberg 1992, 24,80 DM;
- Redaktion diskus(Hsg.), Die freundliche Zivilgesellschaft, Rassismus und Nationalismus in Deutschland, ID-Archiv 1992, 20 DM;



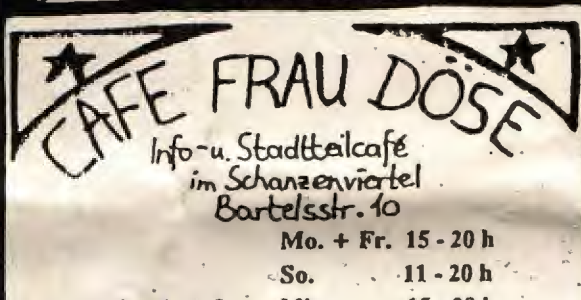


Cafe & Buch
13 Jahre in der Holstenstraße
seit dem 11.11. im Karoviertel

Viele Bücher haben wir, z.B. zu den Bereichen: Anarchie, Antifaschismus, Frauen, Ökologie, Romane, Lyrik, Märchen ... auch Zeitungen, Postkarten und Plakate gibt es bei uns und, na klar - immer n Kaffee!
Zur Zeit sind wir sieben Menschen im Kollektiv. Keine hat bei uns einen bezahlten Arbeitsplatz, das haben wir auch nie gewollt. Wenn wir durch den Verkauf von Büchern Gewinne erwirtschaften, werden diese ausschließlich zur Unterstützung von Initiativen, Kultur und Kommunikation eingesetzt.

Kommunikation ist Sabotage!







jeden Tag 11.00 bis 22:00 Uhr geöffnet

ASIA IMBISS

Spezialitäten aus

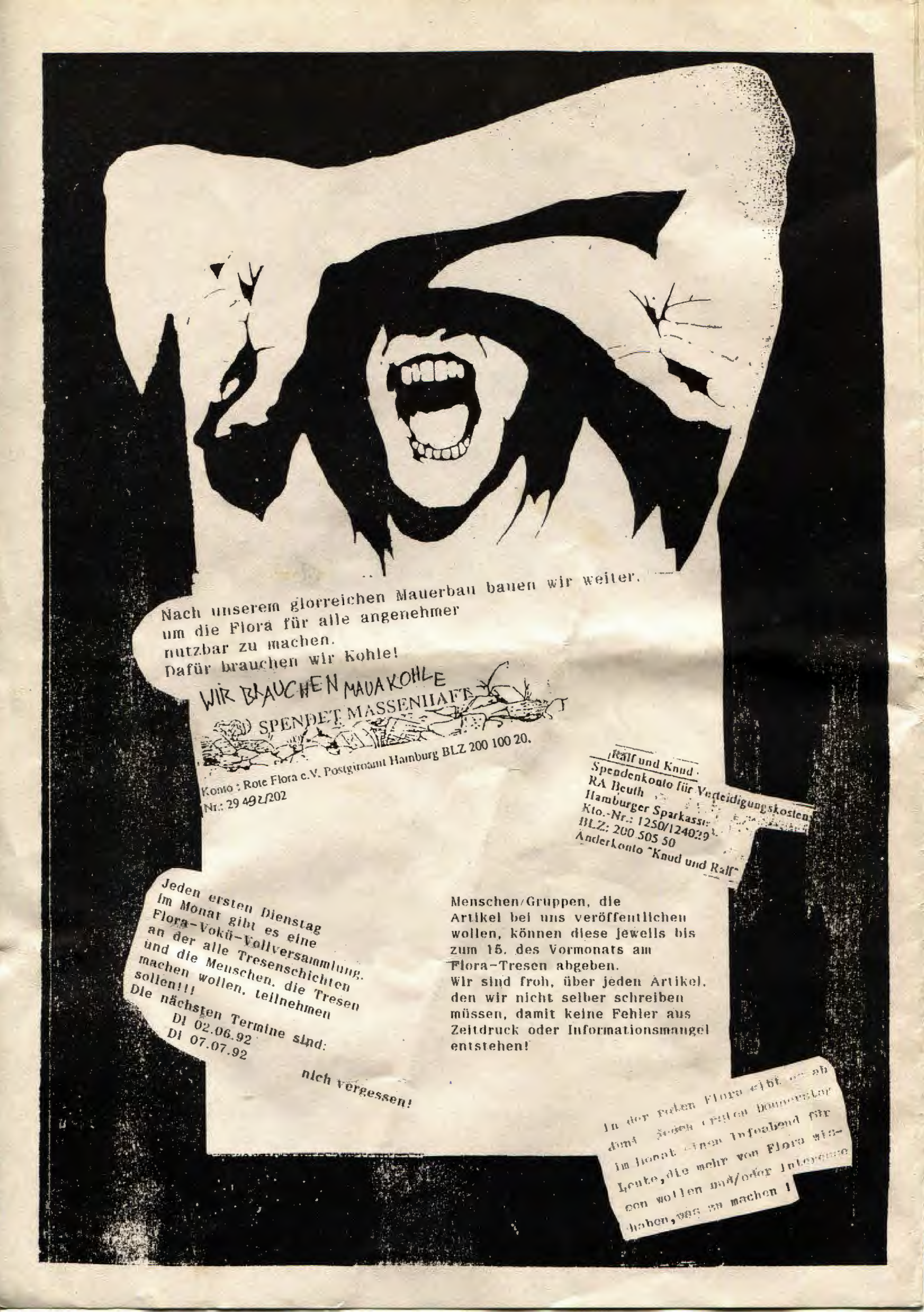
Korea - China - Thailand

Verkauf auch außer Haus

Annahme von telef. Vorbestellung

Bartelsstraße 28 • 2000 Hamburg 36 • Tel.: 040-430 33 01


JUNI
VERANSTALTUNGEN
IN DER FLORA
JUNI
SO. 7.6. KONZERT (GROßE HALLE)
21°° 6,-
"BOYS AGAINST GIRLS"
→ EX FUGAZI EX SOUL SIDE
SA. 13.6 KONZERT IM KELLER
21°° 6,-
"SCRENEFALL"
→ HABEN ETWAS MIT "EA80" ZU TUN
SA. 20.6 KONZERT (GROßE HALLE)
21°° 6,-
+ "DOG FACED HERMANS"
"STRETCHHEADS"
FR. 26.6 EIN PUPPENSPIELER IN DER FLORA
21°°
Ständige Termine in der Roten Flora
Mo 17.00 – 20.00 Motorradgruppe
Di 16.00 – 18.00 Veranstaltungsgruppe Sprech– stunde
jeden 1. Dienstag im Monat
20.00 offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Mi 16.00 – 20.00 Häusercafe
Do 16.00 – 20.00 Info–Cafe
19.00 Vokü
Fr all 14 Tage Info–Cafe der Öffentlichkeits– AG mit Vokü
Sa 12.00 Frühstück
12.00 – ? Baugruppe und Mauerbau
16.00 – 19.00 Fahrradgruppe
So alle 14 Tage Vegane Vokü mit Film


Nach unserem glorreichen Mauerbau bauen wir weiter,
um die Flora für alle angenehmer
nutzbar zu machen.
Dafür brauchen wir Kohle!
WIR BRAUCHEN MAUA KOHLE
SPENDET MASSENHAFT
Konto : Rote Flora e.V. Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20.
Nr.: 29 492/202
Ralf und Knud.
Spendenkonto für Verteidigungskosten
RA Beuth
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr.: 1250/124029
BLZ: 200 505 50
Anderkonto "Knud und Ralf"
Jeden ersten Dienstag im Monat gibt es eine Flora-Vokü-Vollversammlung, an der alle Tresenschichten und die Menschen, die Tresen machen wollen, teilnehmen sollen!!!
Die nächsten Termine sind:
DI 02.06.92
DI 07.07.92
nich vergessen!
Menschen/Gruppen, die Artikel bei uns veröffentlichen wollen, können diese jewells bis zum 15. des Vormonats am Flora-Tresen abgeben.
Wir sind froh, über jeden Artikel, den wir nicht selber schreiben müssen, damit keine Fehler aus Zeitdruck oder Informationsmangel entstehen!
In der Roten Flora gibt ab ersten Donnerstag im Monat einen Infoabend für Leute, die mehr von Flora wissen wollen und/oder Interesse haben, was zu machen !